

Flucht und Migration nicht instrumentalisieren!

Erwartungen an die Parteien im rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf

Die aktuellen Entwicklungen im Flüchtlingsbereich sind eine Herausforderung für Staat und Zivilgesellschaft. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass sich die Zahl der Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 von knapp 10.000 auf gut 20.000 Personen verdoppeln wird. Um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen, bemüht das Land sich zugleich um die Einwanderung qualifizierter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Die Aufnahme von Flüchtlingen, die Einwanderung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und die damit notwendig werdende gesellschaftliche Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie werden deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit wichtige Themen im bevorstehenden Wahlkampf in Rheinland-Pfalz sein.

Aus diesem Grund wenden wir uns an die politischen Parteien im Land mit der Forderung, die damit verbundenen Fragestellungen im Wahlkampf sensibel und angemessen zu diskutieren.

Konkret treten wir dafür ein, dass

■ die Themen Flucht und Migration nicht polarisierend als Wahlkampfthema genutzt werden. Vielmehr sind konkrete Konzepte zur Gestaltung der vor uns liegenden Herausforderungen zu erarbeiten und im politischen Diskurs zu verhandeln.

■ die Themen Flucht und Migration nicht dazu missbraucht werden, um diffuse Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung zu schüren. Vielmehr gilt es, das Machbare in einem der reichsten Länder der Welt realistisch einzuschätzen und die Chancen wahrzunehmen, die wir durch diese unterschiedlichen Migrationsprozesse erfahren.

■ in den zu führenden Diskussionen bestimmte Einwanderer- und Flüchtlingsgruppen nicht auf ihren ökonomischen Nutzen reduziert und als »Wirtschaftsflüchtlinge« oder »Armutsmigranten« stigmatisiert werden.

■ keine Einteilung in »gute« oder »schlechte« Asylsuchende aus den Herkunftsländern oder aus gruppenbezogenen Zuschreibungen abgeleitet wird. Jede schutzsuchende Person hat individuelle Gründe, die zur Flucht führten. Diese müssen auch weiterhin in jedem Einzelfall gewissenhaft geprüft werden.

■ alle politisch Verantwortlichen sich im Wahlkampf klar gegen Rassismus und Gewalt aussprechen und auf Verkürzungen und Pauschalzuschreibungen verzichten, die Ressentiments und die Diskriminierung von gesellschaftlichen Minderheiten fördern. Nicht akzeptabel sind beispielsweise Debattenbeiträge, die Vorurteile gegen bestimmte Ethnien aufgreifen oder Diskurse, die das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen auf Bedrohungen reduzieren, die von gewaltbereiten Islamisten ausgehen.

Lange Zeit war auch das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz ein Landstrich, aus dem die Menschen aus wirtschaftlicher Not auswandern mussten. Heute ist es das Ziel von Migranten und Migrantinnen und Zuflucht suchenden Menschen, die aus den unterschiedlichsten Motiven ihr Land verlassen haben. Wir sollten dies nicht als Bedrohung oder Überforderung verstehen, sondern – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der langfristigen demografischen Entwicklung – als Aufgabe und Chance für eine gute Zukunft.

Mainz, den 14. Juli 2015